

Ausgabe 51, 11. Juni 2008

Der Newsletter **DEMOS** informiert über demografische Veränderungen und deren Auswirkungen auf Politik, Entwicklung, Wirtschaft und Gesellschaft.

Der Abdruck von Artikeln und Grafiken ist honorarfrei. Um die Übersendung eines Belegexemplars wird gebeten.

Der Newsletter **DEMOS** wird unterstützt von: **Robert Bosch Stiftung**

In dieser Ausgabe

Emanzipation hebt die Nachwuchszahlen

Warum die Kinderzahlen in den Ländern Westeuropas so unterschiedlich hoch sind

[weiterlesen](#)

Alterung ist ein europaweites Problem

Wissenschaftler diskutieren die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Europas Städte

[weiterlesen](#)

Arme und Ungebildete sterben früher

Wie früh und woran man in den USA stirbt, hängt stark von Schichtzugehörigkeit, Hautfarbe, Bildungsstand und Einkommen ab

[weiterlesen](#)

Der Kampf gegen die Armutsspirale

Mikroversicherungen als Instrument nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit

[weiterlesen](#)

Emanzipation hebt die Nachwuchszahlen

Warum die Kinderzahlen in den Ländern Westeuropas so unterschiedlich hoch sind

Im Jahr 2005 hat das Berlin-Institut die Untersuchung "Emanzipation oder Kindergeld? Der europäische Vergleich lehrt, was man für höhere Geburtenraten tun kann" veröffentlicht. Darin wurden die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für die unterschiedlichen Kinderzahlen in westeuropäischen Nationen anhand einer Reihe sozioökonomischer Indikatoren verglichen. Dabei wurde deutlich, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung, die früher zu immer weniger Kindern geführt hat, diesen Effekt heute nicht mehr hat. Mittlerweile werden in jenen Ländern mehr Kinder geboren, die in Bezug auf Wohlstand und auf die Gleichbehandlung der Geschlechter die modernsten Gesellschaftssysteme aufweisen.

Das Berlin-Institut hatte deshalb vorgeschlagen, das Problem nachwuchsarmer Länder aus einem neuen Blickwinkel zu diskutieren. Um Menschen in modernen Industriegesellschaften zu höheren Kinderzahlen zu motivieren, sei weniger die Höhe von Kindergeld und sonstigen Transferleistungen entscheidend. Ausschlaggebend sei vielmehr die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Gesellschaft.

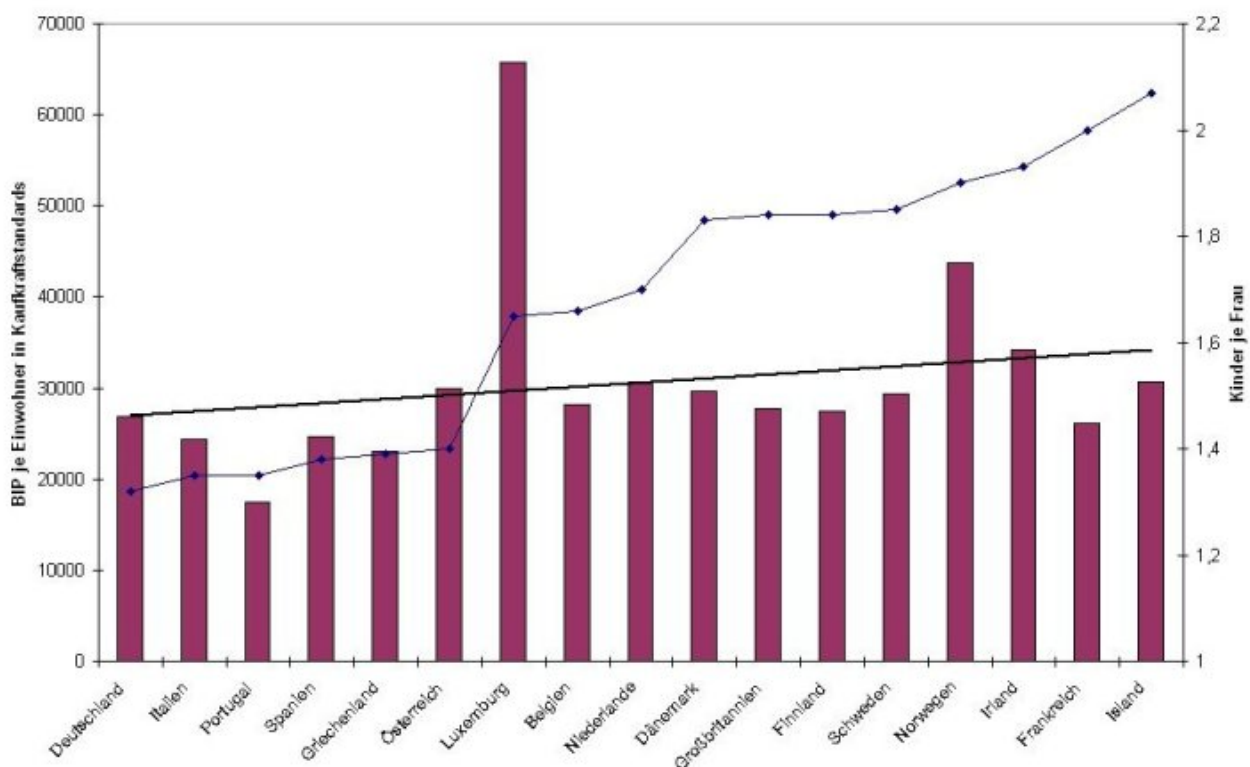
Seit 2005 haben viele Länder, aufgeschreckt durch anhaltende niedrige Geburtenziffern, versucht ihre Familienpolitik zu modernisieren. Das Ziel ist, Familie und Beruf für Frauen und Männer besser vereinbar zu machen. Und Familien zu entlasten - zum einen, indem mehr Betreuungseinrichtungen für die Kleinen bereitgestellt werden, und zum anderen durch finanzielle Unterstützung.

Auch wenn sich ein Zusammenhang zwischen neuer Politik und der Nachwuchszahl nicht unmittelbar belegen lässt: In einigen Ländern, darunter Deutschland, steigen die Kinderzahlen je Frau wieder an. Das Berlin-Institut hat deshalb die Untersuchung von 2005 mit neuem Datenmaterial wiederholt, um herauszufinden, ob die damals formulierten Erkenntnisse neu zu formulieren sind. Die Zusammenhänge zeigen sich aber eher noch klarer.

Nach wie vor bestätigt sich, dass die wohlhabenderen Staaten Westeuropas wie Island (2,05 Kinder je Frau) oder Norwegen (1,90) höhere Kinderzahlen haben als ärmere wie Griechenland (1,39) oder Portugal (1,35). Noch deutlicher wird der Zusammenhang zwischen modernen Gesellschaftsstrukturen und Kinderzahl bei der Frauenerwerbstätigkeit: Denn es werden dort mehr Kinder geboren, wo mehr Frauen im Beruf stehen. Eine hohe Fertilität korreliert zudem mit dem Vorhandensein guter Betreuungseinrichtungen und mit dem Anteil von Frauen mit hohen Bildungsabschlüssen in Naturwissenschaft und Technik.

Die Differenz zahlreicher ökonomischer Indikatoren für Männer und Frauen in einer Gesellschaft sagt etwas darüber aus, wie gleichberechtigt beide Geschlechter am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können. Dies gilt etwa für die Differenz zwischen Männer- und Frauenerwerbslosigkeit und -erwerbstätigenquote. So liegt die Arbeitslosigkeit von Frauen im Alter von 25 bis 49 Jahren in den kinderarmen Ländern Spanien und Griechenland etwa doppelt so hoch wie die von Männern. In den vergleichsweise kinderreichen Nationen Frankreich sind die Unterschiede wesentlich geringer, in Norwegen und Island sind sogar Männer häufiger ohne Job.

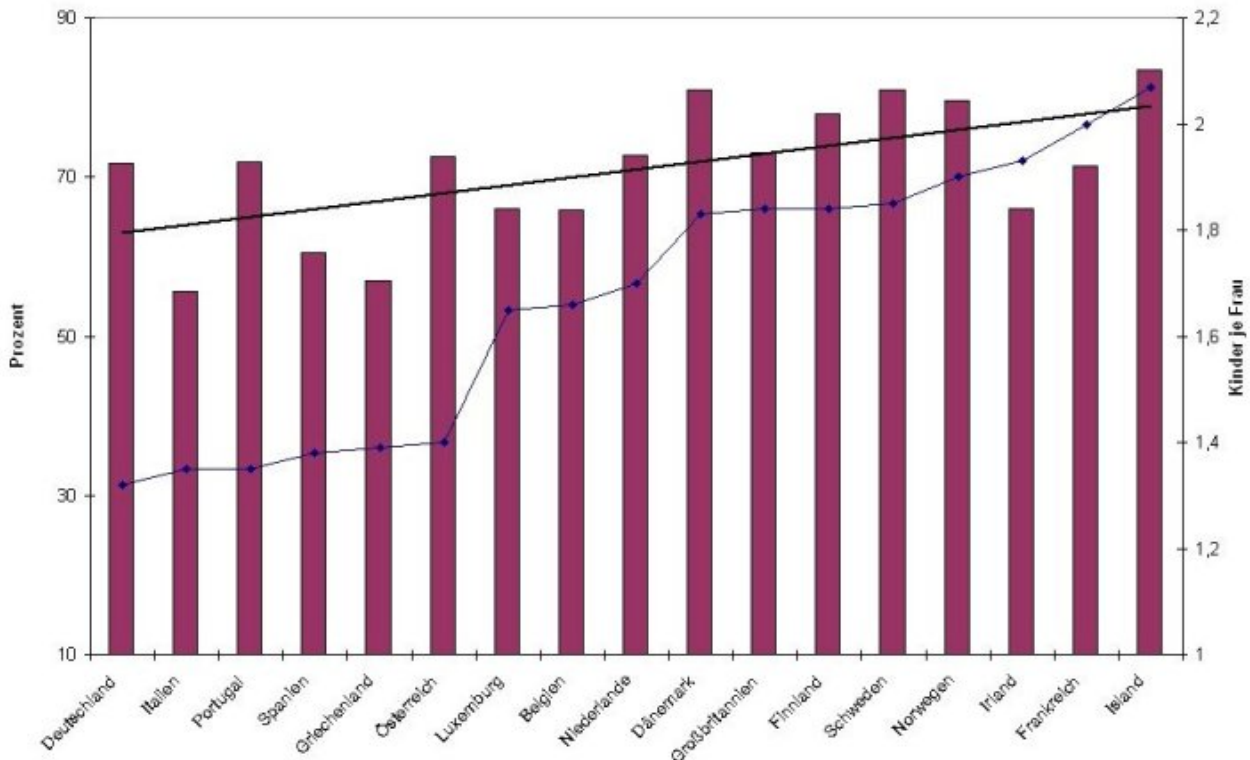
Bruttoinlandsprodukt (in Kaufkraftstandards je Einwohner) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006)



Korrelationskoeffizient BIP je Einwohner/Gesamtfertilität = 0,27.

Der Trend ist nicht sehr stark, aber eindeutig: Die reicheren Länder vor allem im Norden Europas haben mehr Kinder als die ärmeren im Süden. Der Banken- und Finanzstandort Luxemburg fällt mit seiner ungewöhnlich hohen Wirtschaftskraft aus dem Rahmen (Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Werte der Gesamtfruchtbarkeitsrate für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island).

Erwerbstätigenquote von Frauen (25 bis 59 Jahre) und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006)



Korrelationskoeffizient Erwerbstätigenquote von Frauen/Gesamtfertilität = 0,63. Wiederum stechen die nordischen Länder hervor, wenn es um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf geht. Diese Politik wird belohnt: Denn in diesen Ländern tragen besonders viele Frauen zur Volkswirtschaft bei - und trotzdem liegen die Kinderzahlen hoch (Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Werte der Gesamtfruchtbarkeitsrate für Italien, Belgien und Island: Statistikamt Italien, Statistikamt Belgien, Statistikamt Island).

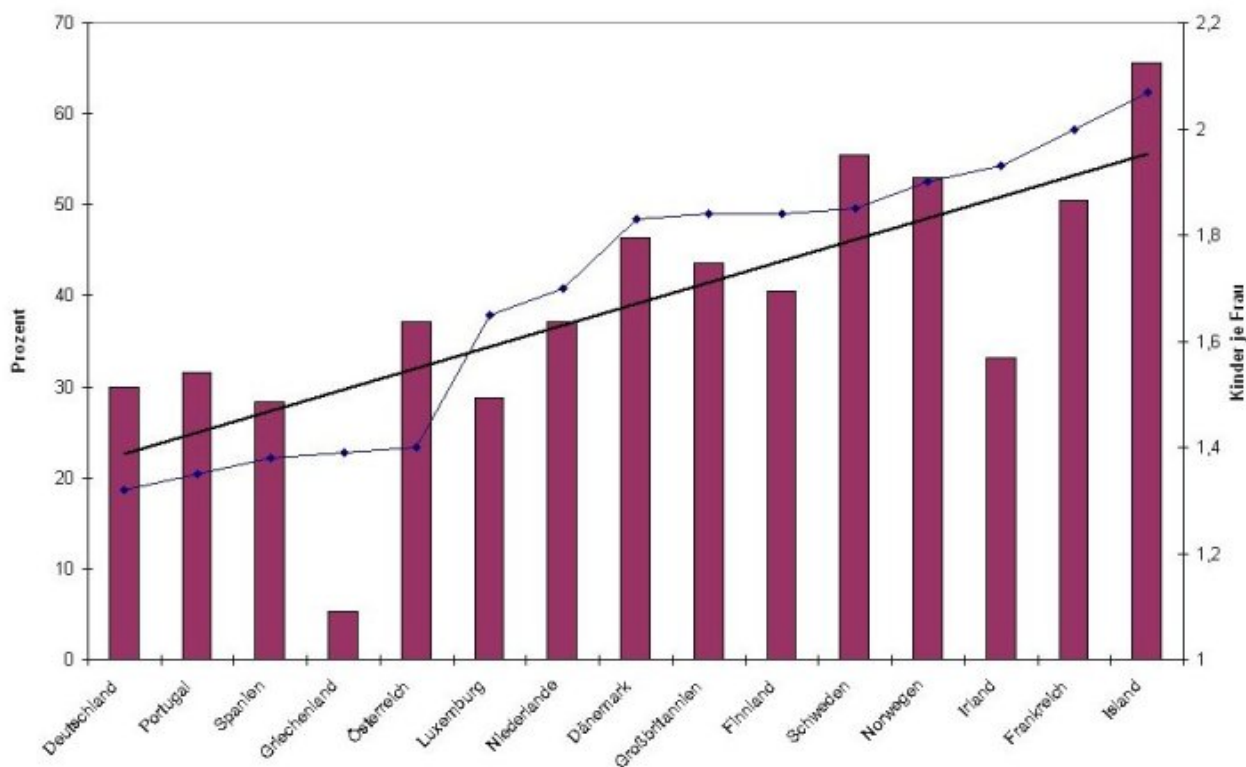
Am deutlichsten wird der Zusammenhang zwischen Emanzipation und Kinderzahlen bei der Zahl der nichtehelichen Geburten. In allen westeuropäischen Ländern, die eine Gesamtfertilitätsrate von mehr als 1,7 Kindern je Frau aufweisen, wird ein größerer Anteil aller Kinder außerhalb von Ehen geboren als in Deutschland. Länder wie Italien und Griechenland, in denen uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder noch immer stigmatisiert sind und dementsprechend selten vorkommen, haben die geringsten Geburtenraten Westeuropas.

Das Festhalten an traditionellen Familienstrukturen schafft somit keinerlei demografischen Vorteil: Bei den geburtenfreudigen Schweden, Norwegern und Franzosen kommt hingegen etwa die Hälfte aller Kinder außerehelich zur Welt - in Island, dem Staat mit der europaweit höchsten Kinderzahl je Frau sind es sogar über 65 Prozent.

Der Grund für diesen zunächst verblüffenden Zusammenhang ist sicher nicht, dass instabile Beziehungen das Kinderkriegen begünstigen. Die Scheidungshäufigkeit ist vielmehr ein Indikator für die Gleichberechtigung der Geschlechter. Wo Frauen die Möglichkeit haben,

finanziell unabhängig von ihrem männlichen Partner zu existieren, steigt die Bedeutung der emotionalen gegenüber der juristisch fixierten und ökonomisch notwendigen Bindung. Dies trägt, gemeinsam mit der gesellschaftlichen Akzeptanz von Ehescheidungen, offenbar dazu bei, dass auch die Wahrscheinlichkeit, sich nach einer Eheschließung wieder zu trennen, steigt.

Anteil nichtehelicher Geburten und Gesamtfertilität in Westeuropa (2006)



Korrelationskoeffizient Anteil nichtehelicher Geburten/Gesamtfertilität = 0,76. In Ländern mit einem höheren Anteil außerehelicher Geburten kommen generell mehr Kinder zur Welt. In allen westeuropäischen Ländern, die eine Gesamtfertilitätsrate von mehr als 1,7 Kindern je Frau aufweisen, wird ein größerer Anteil aller Kinder außerhalb von Ehen geboren als in Deutschland. Länder wie Italien und Griechenland, in denen uneheliche Lebensgemeinschaften und uneheliche Kinder noch immer stigmatisiert sind und dementsprechend selten vorkommen, haben die geringsten Geburtenraten Westeuropas (Quelle: Eurostat, eigene Berechnung. Wert der Gesamtfruchtbarkeitsrate für Island: Statistikamt Island. Keine Werte für Belgien und Italien).

Für Fragen und Interviews stehen Ihnen Steffen Kröhnert unter 030-22324844 und Dr. Reiner Klingholz unter 030-31017560 zur Verfügung.

Die Studie "Emanzipation oder Kindergeld?" können Sie [hier](#) lesen.

Eine englische Fassung wird in Kürze [hier](#) zu lesen sein.

Alterung ist ein europaweites Problem

Wissenschaftler diskutieren die Auswirkungen des demografischen Wandels auf Europas Städte

Das Schrumpfen von Städten in Tschechien und Polen hat im Gegensatz zu Ostdeutschland bisher nicht zu massiven Wohnungsleerständen und Abrissen geführt. Leer stehende

Wohnungen haben in den Ländern des früheren Ostblocks unterschiedliche Ursachen. Zu diesem Ergebnis kommt ein Forschungsprojekt des Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung (UFZ), das die Entwicklung der Bevölkerung in den Städten Brno (Brünn) und Ostrava (Ostrau) in Tschechien sowie Gdansk (Danzig) und Lodz in Polen mit Leipzig vergleicht. Im Gegensatz zu Ostdeutschland sei der Leerstand in Polen und Tschechien keine Folge des Überangebots an Wohnungen sondern des großen Sanierungsbedarfes in den Altstadtquartieren. Da viele Mieter nicht angemeldet seien oder Untermieter beherbergen würden gebe die offizielle Statistik oft nicht die Realität wieder, so die Forscher. Gleichzeitig gebe es viel Parallelen zu Deutschland: Die Bevölkerung altert, die Haushalte schrumpfen und immer weniger Menschen wohnen in den Innenstädten.

Mehr als 81.000 Einwohner hat Lodz seit der Wende verloren. Das ist mehr als jeder zehnte Bewohner dieser polnischen Stadt. Auch in vergleichbaren tschechischen Städten sieht es nicht viel besser aus. Ostrava und Brno verloren jeweils sieben Prozent. In beiden Ländern spielt die Alterung der Gesellschaft eine große Rolle. Doch daneben gibt es auch Ursachen, die sich stark unterscheiden: Während in den polnischen Städten die Bevölkerung entweder in die Hauptstadt oder ins Ausland wegzieht, ziehen Bewohner der tschechischen Städte meist in Eigenheimsiedlungen im Umland. Diese so genannte Suburbanisierung spielt in Tschechien genauso eine große Rolle wie in Ostdeutschland. In Polen dagegen ist sie kaum von Bedeutung. Die Bevölkerungsverluste jetzt sind nur der Anfang: Da in den Ländern des ehemaligen Ostblocks die Geburtenraten inzwischen zu den niedrigsten weltweit gehört, sind die Prognosen alarmierend. Das Statistische Hauptamt in Polen rechnet in den größeren Städten allein bis 2030 mit einem Rückgang der Bevölkerung um 20 bis 30 Prozent.

Auch innerhalb der Städte tut sich einiges: In allen vier untersuchten Städten haben die innenstadtnahen Wohngebiete zwischen den Volkszählungen 1991 und 2001 deutlich an Bewohnern verloren. Während die Gesamtbevölkerung in Lodz um rund 10 Prozent zurückging, waren es in der inneren Stadt laut offizieller Statistik sogar 20 Prozent. Doch diese Zahlen sind aus Sicht der Sozialwissenschaftler mit Vorsicht zu betrachten. Gerade Innerstädte ziehen oft jüngere Menschen an, die sich nicht anmelden oder zu Untermiete wohnen. In Brno beispielsweise soll laut Volkszählung die Bevölkerung der inneren Stadt über dem Altersdurchschnitt der Gesamtstadt liegen. "Doch unsere qualitativen Studien ergaben für Brno eine deutliche und oft weder vom Einwohnermelderegister noch durch die Volkszählungen bemerkte Verjüngung der inneren Stadt", schreiben die Forscherinnen in ihrem Zwischenbericht.

Ein genereller Trend ist jedoch auch in Polen und Tschechien zu registrieren: Die Zahl der Singles steigt. Einpersonenhaushalte machen derzeit zwischen 30 und 35 Prozent aus, in der inneren Stadt sogar 40 Prozent. Auch der Anteil Alleinerziehender hat sich erhöht. Dagegen hat der Anteil von Haushalten mit mehr als drei Personen, also die klassischen Familie, seit 1990 stark abgenommen.

Nach 1989 wurde der staatliche Wohnungsbestand in Polen und Tschechien in die Verantwortung der Kommunen übergeben und anschließend langsam privatisiert. Im Gegensatz zu den Neubaugebieten der Nachkriegszeit gehören Altbauwohnungen in der Innenstadt jedoch weiterhin den Kommunen und werden von den alteingesessenen Mietern als "Quasi-Eigentum" betrachtet, die oftmals als Alleinstehende in großen Wohnungen leben. Dagegen können junge Haushalte oft keinen geeigneten Wohnraum finden, was den Wohnungsmangel verschärft. Zudem gibt es in allen vier Untersuchungsstädten Aufwertungsgebiete mit einkommenstarken Bewohnern sowie Gebiete, in denen sich Einkommensschwache konzentrieren.

Der demografische Wandel und seine Folgen für die Stadtentwicklung ist ein gesamteuropäisches Phänomen. Langfristig wird er auch in Ostmitteleuropa ähnliche Folgen für die Nachfrage auf dem Wohnungsmarkt und die Auslastung der Infrastruktur haben wie sie schon jetzt in verschiedenen europäischen Regionen zu beobachten sind. Die heute in Ostdeutschland zu bewältigenden Probleme haben Signalwirkung für Polen und Tschechien in den nächsten Jahrzehnten, wo ähnliche Entwicklungen erwartet werden. Gleichzeitig können

auch ostdeutsche Kommunen von ihren östlichen Nachbarn lernen. Zum Beispiel wirkt sich größere Autonomie der Stadtteile in Tschechien positiv auf deren Entwicklung aus.

Literatur / Links

[Annegret Haase, Katrin Großmann, Sigrun Kabisch, Annett Steinführer: Städte im demographischen Wandel - Perspektivenwechsel für Osteuropa. OSTEUROPA , 58. Jg., 1/2008, S. 77-90.](#)

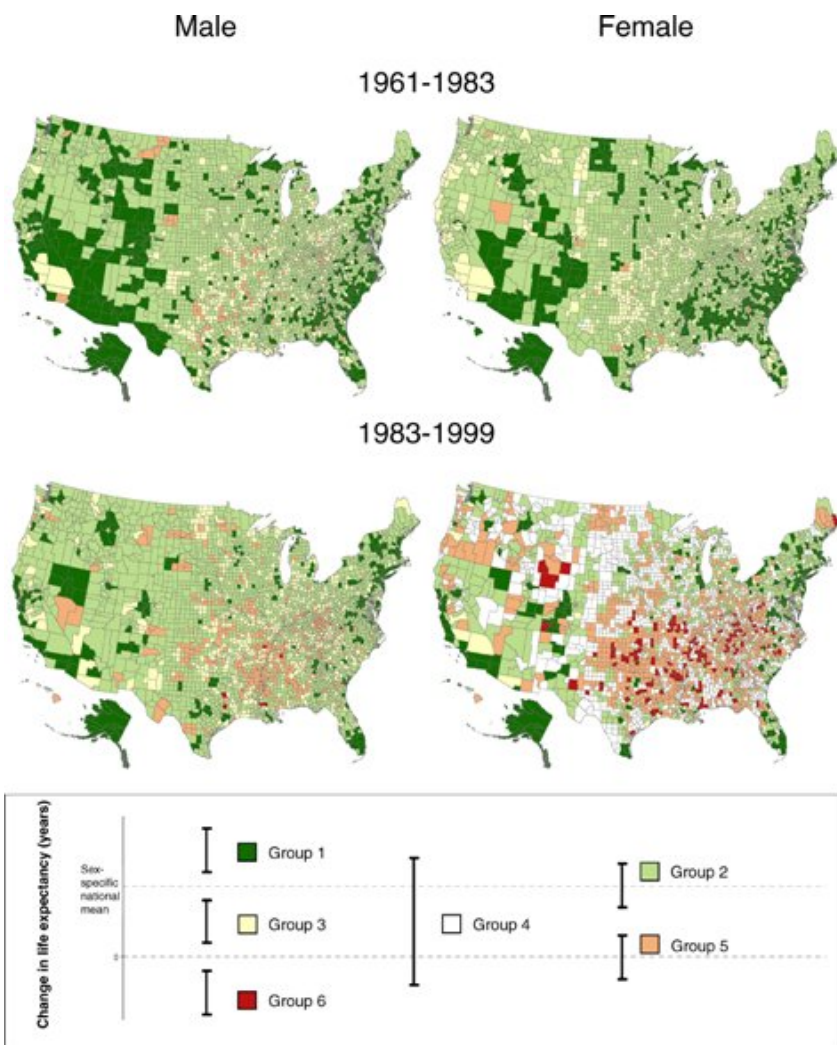
Der Beitrag erscheint mit freundlicher Genehmigung des [Helmholtz-Zentrums für Umweltforschung \(UFZ\)](#).

Arme und Ungebildete sterben früher

Wie früh und woran man in den USA stirbt, hängt stark von Schichtzugehörigkeit, Hautfarbe, Bildungsstand und Einkommen ab

In manchen armen Regionen des amerikanischen Südens sinkt seit den 1980er Jahren die Lebenserwartung. Dieser Trend widerspricht allen Erfahrungen hoch entwickelter Staaten, in denen die Lebenserwartung seit Jahrzehnten kontinuierlich steigt und dies aller Erwartung nach auch weiterhin tun wird. Ausnahmen sind Russland oder andere ehemalige GUS-Staaten, wo vor allem Männer aufgrund riskanter Lebensweise immer früher aus dem Leben scheiden. In den Südstaaten der USA sterben vor allem Frauen vor ihrer Zeit an den Folgen chronischer Erkrankungen, die in Zusammenhang mit einem ungesunden Lebensstil entstehen, mit Rauchen, Übergewicht und Bluthochdruck.

Veränderung der Lebenserwartung in den USA auf Bezirksebene (County) nach Geschlecht



Die Bezirke wurden je nach der Art, wie sich ihre Lebenserwartung im Verhältnis zur nationalen, geschlechterspezifischen Lebenserwartung (1961 bis 1983 Männer 4,1 und Frauen 4,8 sowie 1983 bis 1999 Männer 3,1 und Frauen 1,3) verhält, in sechs Gruppen geteilt. Wie überall in den hochentwickelten Staaten ist auch in den USA die Lebenserwartung gestiegen. Allerdings nur im nationalen Mittel und regional sehr unterschiedlich. In Gruppe 1 stieg die Lebenserwartung bedeutend über den nationalen geschlechterspezifischen Durchschnitt, in Gruppe 6 sank die Lebenserwartung stark (Quelle: [PLoS Medicine](#)).

Dies geht aus einer Studie hervor, die der Gesundheitsforscher Majid Ezzati von der Harvard School of Public Health in dem offen zugänglichen Fachjournal "PLoS Medicine" veröffentlicht hat. Das Forschungsprojekt wurde von der amerikanischen Seuchenkontrollbehörde "Centers for Disease Control and Prevention" unterstützt.

Wie fast überall auf der Welt haben auch in den Vereinigten Staaten Impfungen und bessere Hygiene und ausreichende Ernährung über die vergangenen hundert Jahre zu einem stetigen Anstieg der Lebenserwartung geführt. Allein zwischen 1961 bis 1999 konnten amerikanische Männer im nationalen Durchschnitt über sieben zusätzliche Jahre verbuchen. Ihre Lebenserwartung stieg von 66,9 auf 74,1 Jahre, während die der Frauen in demselben Zeitraum um knapp sechs Jahre, von 73,5 auf 79,6 Jahre zunahm. Der positive Trend vermochte allerdings die bereits bestehenden sozialen Unterschiede nicht einzuebnen. Mancherorts haben sie sich sogar vergrößert.

Ezzati und sein Team analysierten die Sterbedaten des Nationalen Zentrums für Gesundheitsstatistik nach Geschlecht und Todesursachen über fast vier Jahrzehnte hinweg,

von 1961 bis 1999. Für die Zeit nach 1999 standen die entsprechenden Daten nicht zur Verfügung. Die Forscher glichen die Werte Bezirk für Bezirk mit den Einwohner- und Binnenwanderungsdaten des US-Zensus ab. Sie fanden eine höhere Sterblichkeit vor allem in armen Regionen von 1983 an. Besonders deutlich fiel die Schere zwischen Arm und Reich für die weibliche Bevölkerung aus: Für 19 Prozent der Frauen ergab sich eine gleich bleibende oder sinkende Lebenserwartung, aber nur für vier Prozent der männlichen Bevölkerung. Als wichtigste Ursachen für diese Entwicklung machten die Forscher das Rauchen und die damit verbundenen Erkrankungen sowie Bluthochdruck und Übergewicht aus.

"Ein Rückgang der Lebenserwartung wird üblicherweise als Anzeichen dafür gewertet, dass die Gesundheits- und Sozialsysteme versagt haben, wie dies etwa in Teilen Afrikas oder in Osteuropa der Fall war", kommentiert einer der Koautoren der Studie, der Gesundheitsstatistiker Christopher Murray von der Universität Washington, die Befunde: "Dass jetzt Amerikaner in großer Zahl betroffen sind, sollte als Anstoß aufgefasst werden, das US-Gesundheitssystem ernsthaft zu überdenken".

Literatur

[Majid Ezzati et al. \(2008\): The Reversal of Fortune: Trends in County Mortality and Cross-Country Mortality Disparities in the United States. PLoS med 5\(4\): e66](#)

Der Kampf gegen die Armutsspirale

Mikroversicherungen als Instrument nachhaltiger Entwicklungszusammenarbeit

Wo Krankheit Einkommensausfälle, wo Dürre Hunger und wo Naturkatastrophen Obdachlosigkeit bedeuten und betroffene Menschen unausweichlich in eine Spirale aus Armut und Elend stürzen, bieten Mikroversicherungen Schutz. Sie sind somit ein wichtiges Instrument im Kampf gegen die Armut. Denn für eine nachhaltige Entwicklung ist es wichtig, gerade gering verdienende Haushalte gegen drohende Risiken und Gefahren abzusichern.

Der entscheidende Unterschied von Mikroversicherungen zu gewöhnlichen Versicherungen besteht darin, dass sie sich an Kunden richten, die über ein zu geringes Einkommen verfügen, um sich die Beiträge der gewöhnlichen Versicherungen leisten zu können. Mikroversicherungen bemessen ihre Beiträge an diesen niedrigen Einkommen und erfassen dadurch eine neue Zielgruppe.

Kann diese Rechnung aufgehen? Sie geht auf. Mit dem Konzept lassen sich teilweise sogar Gewinne erwirtschaften. Auf über 250 Millionen neue Kunden schätzt der Allianzkonzern, der sich im Bereich Mikroversicherungen in Asien engagiert, das Marktpotenzial allein in Indien. Das jüngst erschienene Kompendium "Protecting the poor. A microinsurance compendium" fasst aktuelle Erkenntnisse aus Forschung und Praxis zusammen. Das Buch basiert auf einem weltweiten Forschungsprojekt verschiedener nationaler Entwicklungsagenturen sowie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) und berichtet Erfahrungen von rund vierzig Versicherungsanbietern aus insgesamt fünfundzwanzig Fallstudien in Asien, Afrika und Lateinamerika. Die an dem Projekt beteiligten Experten, zumeist aus der Entwicklungszusammenarbeit und dem Versicherungswesen, sind die Autoren des Buches. Darin liegt die Stärke der Publikation, denn das Thema wird detailliert und fachgerecht aus unterschiedlichen Blickwinkeln diskutiert.

Folgende Fragen stehen im Mittelpunkt der Veröffentlichung: Wie funktionieren Mikroversicherungen? Welche Organisationsmöglichkeiten gibt es? Wie tragen staatliche und private Akteure zum Funktionieren des Mikroversicherungswesens bei? Mit welchen Hindernissen ist beim Aufbau neuer Versicherungsstrukturen in Entwicklungsländern zu rechnen? Themen wie Unternehmensführung, Vermarktungstechniken und Finanzmanagement werden ausführlich in allen Facetten erörtert. Die Autoren diskutieren unterschiedliche Versicherungsprodukte wie eine Kranken- oder Lebensversicherung für Arme und sie

analysieren die besonderen Bedürfnisse von Frauen und Kindern. Alle Kapitel bauen durch zahlreiche Fallbeispiele einen starken Bezug zur Praxis auf. Verschiedene Schaubilder und Tabellen illustrieren die Beispiele.

Das Kompendium richtet sich in erster Linie an Versicherungen, Banken, Finanzexperten, Regierungen und Nichtregierungs-Organisationen. Die Leser erfahren in insgesamt zwölf Strategien mit all ihren Pros und Contras, wie sich Mikroversicherungen aussichtsreich und nachhaltig einführen lassen. Hieraus müssen sie jedoch am Ende selbst die passende Handlungsempfehlung herauslesen.

Wenngleich sich aus dem Buch kein allgemeingültiges Patentrezept zum Aufbau von Mikroversicherungen ableiten lässt, bietet es zumindest die Bausteine für das eigene Vorgehen. Durch den starken Praxisbezug und die Erkenntnisse, die sich aus den weltweiten Erfahrungen ergeben, bietet es dem Leser dennoch - so das erklärte Ziel der Publikation - die Möglichkeit, aus den Erfahrungen anderer zu lernen und deren Fehler zu vermeiden.

[Churchill, Craig \(Hg.\) \(2008\): Protecting the poor. A microinsurance compendium. New Delhi, 654 S., 80 US-Dollar.](#)

Erhältlich bei:

[International Labor Organization](#)

Hinweis in eigener Sache:

Das Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung ist eine Stiftung mit dem Zweck, Forschung zu demografischen Veränderungen zu betreiben und das öffentliche Wissen über gesellschaftliche Prozesse zu verbessern. Das unabhängige Berlin-Institut erhält für seine Arbeit keinerlei öffentliche Förderung. Spenden und Zustiftungen ermöglichen die erfolgreiche Arbeit des Instituts.

Bankverbindung:

Bankhaus Hallbaum
BLZ 250 601 80
Konto 20 28 64 07

Für weitere Informationen wenden Sie sich bitte an:

Dr. Reiner Klingholz
E-Mail: reiner.klingholz@berlin-institut.org
Telefon: 0 30-22 32 48 45